

Kolumne

Stell dir vor, es ist Kultur und keiner geht hin



Gemeinden, Kantone und der Bund geben jährlich 2,6 Milliarden Franken für die Kulturpolitik aus – und produzieren damit ein Überangebot. Vor gewissen Bühnen bleibt mittlerweile jeder zweite Platz leer. Jörg Müller zeigt in seiner Kolumne auf, wie die Schweiz ihre Kulturpolitik zielgerichtet ausrichten könnte. [Hier geht es zur Kolumne.](#)

Die Zahl



Das ist das Verhältnis von Subventionen zu Ticketeinnahmen beim Schauspielhaus Zürich in der Spielzeit 23/24. Noch vor 25 Jahren war der Anteil an öffentlichen Fördergeldern weitaus geringer – das Verhältnis lag damals bei 3 : 1. (EVH)

Neues Essential

Lähmende Bürokratie



Eine übermässige Regulierung bremst die Innovation, kostet viel Geld und strapaziert die Geduld von Bürgerinnen und Bürgern. Das Ausmass ist auch in der Schweiz ein Problem, wie Michele Salvi und Philippe Güttinger im neusten Essential aufzeigen. Eine jährliche «Löschwoche» sei ein wirksames Instrument, um überholte oder unnötige Regulierungen zu streichen. [Hier erfahren Sie mehr.](#)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Agrarzölle: Um eine nachhaltige Einigung mit den USA zu erreichen, wird die Forderung nach tieferen Agrarzöllen immer lauter. In ihrem Bericht verweist [«SRF»](#) auf den Blog [«Zollfestung Schweiz: Sieben Fragen zum Agrarprotektionismus»](#). So lag der durchschnittliche Agrarzoll der Schweiz 2023 bei 24,8% – fast dreimal so hoch wie in der EU und sechsmal höher als in den USA.

Energie: Der Tessiner Energieversorger «Azienda Elettrica Ticinese» (AET) hat beim internationalen Schiedsgericht der Weltbankgruppe (ICSID) Klage gegen Deutschland eingereicht. Er fordert 85 Millionen Euro Schadenersatz wegen der vorzeitigen Stilllegung eines deutschen Kohlekraftwerks, an dem er beteiligt ist. Gegenüber der [«NZZ»](#) sagt Christoph Eisenring, Investitionen im Energiesektor seien extrem langfristig. Das ICSID erhöhe die Investitionssicherheit bei grenzüberschreitenden Projekten.

Staatwachstum: In der Schweiz fordern einige Politiker einen Abbau der öffentlichen Verwaltung, berichtet [«RTS»](#) und verweist auf die Avenir-Suisse-Studie [«Vermessenes Staatswachstum»](#). So arbeiten 950'000 Beschäftigte (in Vollzeitstellen umgerechnet) in öffentlichen oder staatsnahen Sektoren, was 23% aller Arbeitnehmenden in der Schweiz entspricht.

Verwaltung: Im Kanton St. Gallen wurde die temporäre Erhöhung des Zentrumslastenausgleichs für die Kantonshauptstadt abgelehnt, berichtet das [«St. Galler Tagblatt»](#). Gemeindepräsident und SVP-Nationalrat Michael Götte sagte nach der Abstimmung, in der Stadt St. Gallen gebe es bestimmt Sparpotenzial, und verwies auf unsere Kurzanalyse [«Schweizer Städte im Vergleich: Verwaltungswachstum ohne Grenzen?»](#). Demnach hat St. Gallen nach Zürich und gemeinsam mit Winterthur die grösste Verwaltung im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Bergdörfer: Wegen eines Felssturzes musste das Dorf Blatten evakuiert werden. Solche Ereignisse könnten in den Alpen wegen des Klimawandels zunehmen. Ob exponierte Bergdörfer noch eine Zukunft haben, wollte das Online-Portal [«Nau»](#) von Lukas Rühli wissen. Strukturschwache Alpentäler hätten bereits aufgrund demografischer Entwicklungen mit Abwanderung zu kämpfen. Steigende Naturgefahren könnten diese Entwicklung beschleunigen, sagt Rühli. Dabei sei nicht von einer Abwanderung in die Städte auszugehen, sondern eher in tiefer gelegene oder besser erreichbare Regionen der Alpen.

Finanztransaktionssteuer: In der aktuellen Debatte um neue Einnahmequellen zur Stabilisierung der AHV schlagen Politiker in der Schweiz erneut eine Finanztransaktionssteuer vor, wie [«muula.ch»](#) unter Verweis auf unser Essential [«Verführerische Finanztransaktionssteuer»](#) berichtet. In Schweden führte eine solche Steuer in den 1980er-Jahren zu einer massiven Abwanderung des Handels: Der Aktienhandel verlagerte sich nach London, der Obligationenmarkt brach ein, der Derivatehandel verschwand nahezu.

Altersvorsorge: Der Bundesrat will Anreize schaffen, damit Personen freiwillig über das Rentenalter hinaus arbeiten, berichtet [«The Local»](#) und verweist auf die Avenir-Suisse-Studie [«Altersvorsorge neu gedacht»](#). So wird prognostiziert, dass die Zahl der Rentnerinnen und Rentner bis 2035 um 61% steigen wird, während die erwerbstätige Bevölkerung im gleichen Zeitraum nur um 7% zunimmt.

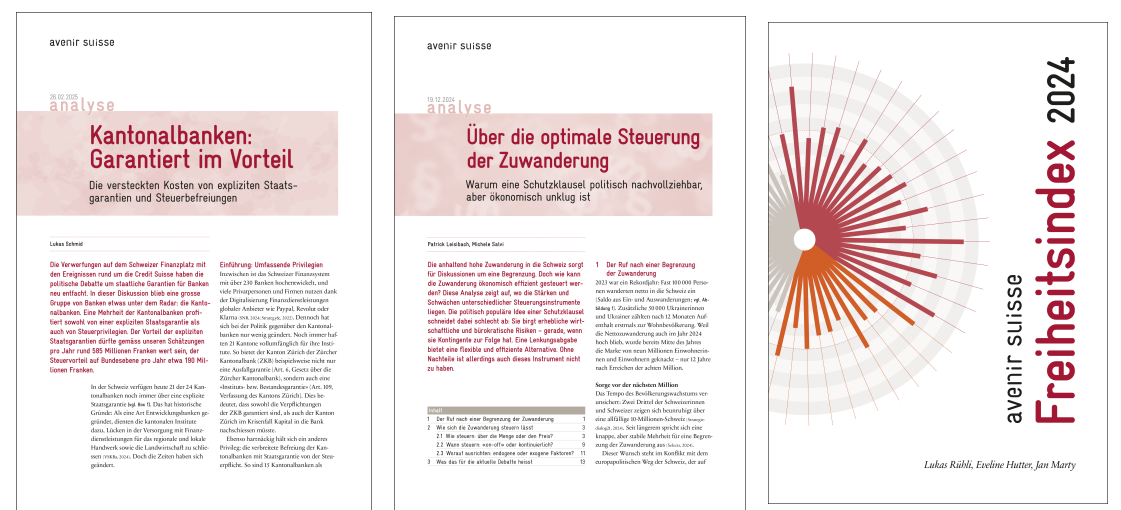
Newsletter weitergeleitet?

Wenn diese E-Mail an Sie weitergeleitet wurde, [melden Sie sich für den Avenir-Suisse-Newsletter](#) an, um über unsere neuesten Arbeiten auf dem Laufenden zu bleiben.

Wer wir sind?

[Avenir Suisse](#) erarbeitet als unabhängiger Think-Tank marktwirtschaftliche, liberale und wissenschaftlich fundierte Ideen für die Zukunft der Schweiz.

Unsere aktuellen Publikationen



[Kantonalbanken: Garantiert im Vorteil](#)

[Über die optimale Steuerung der Zuwanderung](#)

[Avenir-Suisse-Freiheitsindex 2024](#)

Newsletter verpasst?

Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).